ROTER BAUM
GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT

Fachtagung Wir+ 2025

Positionspapier

Gemeinnützige Kinder- und Jugendhilfe-Gesellschaft »Roter Baum« mbH

Präambel

Soziale Arbeit versteht sich als Arbeit für und mit Menschen - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder sozialem Status.

Ihr zentrales Ziel ist es, Teilhabe, Würde und Chancengleichheit für alle Menschen zu schaffen.

Aus diesem Selbstverständnis heraus ist es eine unverzichtbare Aufgabe der sozialen Arbeit, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden und Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt entgegenzutreten.

Der zunehmende Rechtsruck in unserem Land bedroht diese Grundprinzipien. Er äußert sich in:

- Sozialabbau: Angriffe auf den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme,
- Verrohung: wachsende Intoleranz und Hass im öffentlichen und digitalen Raum,
- Autoritarismus: die Schwächung demokratischer Strukturen und Institutionen
- Entsolidarisierung: die Neigung, soziale und ökonomische Probleme durch Schuldzuweisungen an bestimmte Gruppen zu erklären

Soziale Arbeit kann und darf dieser Entwicklung nicht neutral gegenüberstehen.

Sie muss ihre Stimme erheben, Position beziehen und aktiv an der Gestaltung der solidarischen, gerechten Gesellschaft mitwirken.

Dieses Positionspapier formuliert, wie wir als Mitarbeitende, Partner:innen und Freund:innen des Roten Baums Verantwortung übernehmen können, um dieser gesellschaftlichen Entwicklung entgegenzuwirken und Perspektiven für ein demokratisches, solidarisches Zusammenleben zu stärken.

1 Ausgangslage: Kränkungen, Zweifel und unterschiedliche Betroffenheit

1.1 Ein hohes Gerechtigkeitsempfinden – und doch wachsende Kränkungen

In unserer Gesellschaft existiert ein grundsätzlich hohes Gerechtigkeitsempfinden. Viele Menschen glauben an die gesellschaftlichen Versprechen von Fairness, Teilhabe und die Idee, dass Leistung und Anstrengung belohnt werden. Für Angehörige unterer sozialer Klassen werden diese Versprechen immer seltener eingelöst. Daraus folgen Kränkungen - häufig in Form von:

- herabwürdigenden Erfahrungen im Kontakt mit Behörden und Institutionen,
- erforderlicher Selbstherabwürdigung für den Zugang zu sozialen Leistungen,
- restriktiven Regeln, die als willkürlich oder unfair empfunden werden,
- fehlender Anerkennung ihrer Lebensrealität und Bedürfnisse.

Diese institutionellen Kränkungen führen zu Enttäuschung, Resignation und Wut. Wenn Menschen wiederholt erleben, dass sie missachtet und ausgegrenzt werden (Sie werden »nicht gesehen« und »nicht gehört«.), entstehen tiefe Zweifel an der Gesellschaft und ihren Werten.

1.2 Fehlende solidarische Deutungsmuster

Rechte und autoritäre Akteure bieten in solchen Situationen einfache und eingängige Erklärungen:

- sie benennen vermeintlich klare Schuldige,
- liefern einfache Lösungsversprechen,
- und geben ein Gefühl von Zugehörigkeit und Handlungsfähigkeit – allerdings auf Kosten anderer Gruppen.

Solidarische, progressive Deutungsmuster sind hingegen häufig weniger sichtbar, komplexer und schwieriger zu vermitteln.

Für Menschen mit Kränkungserfahrungen stellt es eine besondere Herausforderung dar, konstruktive Deutungsmuster und politische Orientierung zu finden.

Dadurch entsteht ein Deutungsvakuum, das populistische Botschaften besonders leicht füllen können.

1.3 Unterschiedliche Auswirkungen des Rechtsrucks

Der Rechtsruck wirkt sich nicht auf alle Gruppen der Gesellschaft gleich aus. Es lassen sich grob drei Kategorien unterscheiden:

1.3.1 Finanziell und gesellschaftllich abgesicherte Gruppen

- Sie spüren den Rechtsruck zunächst vor allem als gesellschaftliche Veränderung und mögliche Einschränkung von Freiheitsrechten (Wahrnehmung als Autoritarismus).
- Ihre ökonomische Existenz ist meist nicht unmittelbar bedroht, sodass die Betroffenheit abstrakter bleibt.

1.3.2 Benachteiligte und gefährdete Gruppen (Vulnerabilität)

- Menschen mit geringem Einkommen, prekären Arbeitsbedingungen oder ohne stabile soziale Netzwerke erfahren direkte, existenzielle Folgen.
- Sie sind häufiger Ziel von direkten oder indirekten Kürzungen im Sozialstaat, von Diskriminierung und Stigmatisierung.
- Ihre Handlungs- und Teilhabechancen werden stark eingeschränkt, oder die Zugänglichkeit wir ihnen erschwert (Wahrnehmung als Entsolidarisierung).
- Diese Gruppen werden häufiger zum Ziel von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen.

1.3.3 Gruppen, die vom Rechtsruck profitieren

Bestimmte Unternehmen, politische Akteure oder wirtschaftliche Interessengruppen können kurzfristig profitieren, etwa durch:

- Deregulierung von Arbeits- und Sozialstandards,
- autoritäre Strukturen, die Macht konzentrieren und Mitbestimmung einschränken,
- das gezielte Schüren von gesellschaftlichen Konflikten, um eigene Ziele durchzusetzen (Verrohung als Machtinstrument).

Fazit

Die soziale Arbeit hat besonders mit den Menschen der gefährdeten Gruppe zu tun – jenen, die am meisten unter den Folgen des Rechtsrucks leiden.

Gleichzeitig muss sie die Machtmechanismen der vom Rechtsruck profitierenden Gruppe sichtbar machen und ihnen entgegenwirken, denn langfristig destabilisieren solche Strategien das gesellschaftliche Miteinander und untergraben demokratische Strukturen.

2 Kränkungserfahrungen offensiv beantworten

Wir arbeiten mit den und für die Menschen und verwirklichen soziale Projekte in unserer Gesellschaft mit Leidenschaft.

Wir vertrauen dabei auf unser und das Urteilsvermögen unserer Mitmenschen und auf unseren gemeinsamen Willen und die Fähigkeit, uns miteinander abzustimmen.

Wir nehmen die Menschen mit ihren Einschätzungen und Gefühlen wahr und nehmen die Ursprünge alltäglicher Kränkungen ernst.

Wir sehen die Gefahr im Erleben von unbeantworteten Kränkungen, die von rechter Politik instrumentalisiert werden:

- Verlust von Vertrauen in Institutionen und Mitmenschen,
- Aggression oder Rückzug,
- die Suche nach einfachen Erklärungen und starken Führungsfiguren.

Kränkungen resultieren aus tatsächlichen Ungerechtigkeiten, Entwürdigungen und aus realer Machtlosigkeit. Wir leiten daraus eine solidarische gesellschaftliche Aufgabe ab.

Soziale Arbeit kann hier ansetzen, indem sie Menschen dabei unterstützt, eine Lebensperspektive entwickeln und ein Leben führen zu können, das sie selbstbegründet wertschätzen.

Ziel ist, dass Betroffene Kränkungen nicht in destruktives Verhalten umwandeln, sondern Wege finden, ihre Erfahrungen konstruktiv zu verarbeiten und produktiv zu werden.

2.1 Handlungsstrategien

- Empowerment: Menschen erleben Anerkennung, erfahren Wertschätzung und werden in ihren Stärken gesehen.
- Selbstwirksamkeit fördern: Projekte, die zeigen, das eigenes Handeln einen Unterschied macht.
- Soziale Netzwerke stärken: Aufbau von unterstützenden Gemeinschaften, die Halt bieten.
- Aktivierung: Ermutigung, die Gesellschaft kulturell, politisch und selbstbestimmt mitgestalten.
- Bildungsangebote zur Positionsbildung, Konfliktbearbeitung und Geschichte der parteilichen Organisierung entsprechend der eigenen Interessengruppe schaffen und ausbauen.

2.2 Aufgaben für den Träger

- Mitarbeitende erhalten Fortbildungen, um Politisierung in ihre Arbeit zu integrieren. Diese werden durch Austausch im jeweiligen Erfahrungsbereich und zwischen den Organisationseinheiten regelmäßig überprüft und reflektiert.
- Innerhalb des Trägers werden Strukturen etabliert, die Partizipation ermöglichen und wertschätzen.
- Wir geben unsere Erfahrungen der Solidarität und politischen Einordnung niedrigschwellig und zielgruppengerecht weiter.

3 Gegen institutionelle Kränkungen vorgehen

Real erlebte Kränkungen entstehen unter anderem durch Begegnungen mit staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen. Ein unfreundlicher Ton, unverständliche Verfahren oder das Gefühl, abgefertigt zu werden, hinterlassen tiefe Spuren.

Soziale Arbeit kann hier auf zwei Ebenen wirken:

3.1 Unterstützung im Einzelfall

- Begleitung unserer Mitmenschen bei Behördengängen, in Gerichtsverfahren oder Beratungssituationen.
- Vermittlung zwischen Betroffenen und Institutionen, wir stellen uns dabei parteiisch an die Seite der Betroffenen.
- Aufklärung über Rechte und Pflichten, wir ermutigen dabei unsere Mitmenschen, von ihren rechtlichen Ansprüchen Gebrauch zu machen.

3.2 Strukturelle Veränderungen anstoßen

- Sensibilisierung von Mitarbeitenden in Behörden und Organisationen, damit Leistungs- und Sozialbehörden nicht mehr als Angst einflößend sondern als anerkennend und unterstützend erlebt werden können.
- Politische Lobbyarbeit, um parteiisch für die Betroffenen mithilfe von Verbünden und Dachverbänden die Wahrung ihrer Interessen zu verteidigen.

- Öffentlichkeitsarbeit, um auf entwürdigende und Kränkungen verursachende Praktiken aufmerksam zu machen.
- Hinwirkung auf Bedingungen, die gelingende Kommunikation und solidarisches Miteinander erlebbar machen.
- Solidarisierung: Motivierung und Unterstützung von Betroffenen, damit sie sich mit den dafür geeigneten Mitteln gegen die unterdrückenden Bedingungen auflehnen und behaupten können.

4 Solidarische Deutungsmuster anbieten

Alle Menschen suchen und brauchen Erklärungen für Ihre Erfahrungen, um diese einordnen zu können. Es braucht die Anerkennung für die bisherigen Deutungsmunster sowie ein Angebot solidarischer Deutungsmuster zur Entlastung durch soziale Verantwortung.

Soziale Arbeit hat die Aufgabe, alternative Deutungsmuster zu schaffen – Erzählungen, die Solidarität, Zusammenhalt und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.

4.1 Ziele solidarischer Deutungsmuster

- Komplexität erklären ohne zu vereinfachen
- Handlungsperspektiven eröffnen, die nicht auf Ausgrenzung basieren
- Solidarische Werte sichtbar machen, die Menschen verbinden
- Entlastung durch soziale, solidarische Verantwortung

4.2 Praktische Ansätze

- Erzähl- und Denkräume schaffen: Workshops, Theaterprojekte oder Gesprächsrunden, in denen Menschen ihre eigenen Geschichten teilen.
- Medienarbeit: Positive Beispiele von Solidarität in die Öffentlichkeit bringen.
- Politische Bildung: Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und individuellen Erfahrungen sichtbar machen.
- Multiplikator:innen ausbilden: Solidarische Erfahrungen und Werte weitertragen.
- Aufbau und Stärkung von Netzwerken über die Grenzen der Organisation hinaus.

Nächste Schritte und gemeinsame Verantwortung

Dieses Positionspapier ist ein lebendiges Dokument. Es wurde während der Fachtagung »Wir+ 2025« in Arbeitsgruppen entwickelt, konkretisiert und ergänzt. Die Weiterentwicklung und wiederkehrende Reflektion ist geplant, unter solidarischer Einbeziehung aller Mitarbeitenden, Ehrenamtlichen und sich dem Thema verbundener Personen.

Um dem Rechtsruck wirkungsvoll zu begegnen, wollen wir:

- gegen Diskriminierung und Ausgrenzung eintreten,
- solidarische Strukturen in unseren Organisationseinheiten fördern,
- aktiv daran mitwirken, auf dem Fundament der Gleichberechtigung nachhaltig eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen zu gestalten und
- über die politischen Prozesse und Interessen unterschiedlicher Gruppen in unserer Gesellschaft aufklären.